

## **Beschluss der IPPNW-Mitgliederversammlung vom 29. April 2017**

### **Menschliche Sicherheit statt NATO-Kriege**

Die IPPNW-Mitgliederversammlung fordert angesichts der aktuellen Planungen der NATO-Staaten einen Stopp der Interventionskriege und der weiteren Aufrüstung Deutschlands wie auch der anderen NATO-Staaten.

IPPNW Deutschland tritt ein für:

- Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an den UNO-Verhandlungen für ein vollständiges Verbot der Nuklearwaffen.
- Abzug der US-Atomwaffen vom Luftwaffenstützpunkt Büchel und Ausstieg Deutschlands aus der „nuklearen Teilhabe“.
- Rückkehr zum Friedensgebot des deutschen Grundgesetzes, Beendigung aller Bundeswehr-Einsätze im Ausland; Übernahme von Blauhelmeinsätzen der UNO durch neutrale Staaten.
- Austritt aus der Militärintegration der NATO, Initiative zur Auflösung des Militärbündnisses zugunsten regionaler Sicherheits-Organisationen wie der OSZE.
- Signifikante Steigerung der Mittel für nachhaltige Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung.
- Als einen ersten Schritt zur vollständigen Abrüstung die gesetzliche Begrenzung des Militäretats auf eine Höhe, welche die eingesetzten Haushaltsmittel für nachhaltige Maßnahmen ziviler Konfliktlösung sowie die Mittel für globale Ernährungssicherheit, Gesundheitsversorgung und nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens nicht überschreiten darf. (Die Bundesregierung plant eine Steigerung des Wehretats – entsprechend der NATO-Selbstverpflichtung – auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts [BIP], während sie das schon lange propagierte Ziel, die Mittel für „Entwicklungszusammenarbeit“ auf 0,7 % des BIP zu steigern, noch immer nicht umgesetzt hat.)

### **Begründung:**

Die Bundesrepublik Deutschland, ebenso wie die übrigen Kern-Staaten der NATO, werden von keiner anderen Macht militärisch bedroht, verfolgen ihrerseits aber eine immer aggressivere Interventionspolitik auf bald vier Kontinenten (Europa, Afrika, in der Nah- und Mittelostregion Asiens und sogar in Lateinamerika, wie durch das anstehende NATO-Assoziierungsabkommen mit Kolumbien beabsichtigt). Kompetente Beobachter, unter ihnen Papst Franziskus, sehen angesichts der kumulierenden Konflikte einen Dritten Weltkrieg heraufziehen. Diese verhängnisvolle Entwicklung muss im Interesse eines weltweiten Friedens unter allen Umständen gestoppt werden. Freiwerdende Mittel müssen für Demilitarisierung, Rüstungskontrolle, und für tatsächliche menschliche Sicherheit verwendet werden: Ernährungssicherheit, Gesundheitsversorgung für alle, ein Leben frei von Not und Elend, und für den Schutz der natürlichen Lebensbedingungen.